

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Bisexuellen Wahlprüfsteine (Bisexuelles Journal – BiJou)

1. Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138). *Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?*

Allein die Erarbeitung des Aktionsplans Queeres Brandenburg hat dafür gesorgt, dass das Thema in allen Ressorts der Landesregierung eine Rolle spielt, dass die Politik sich intensiv mit dem Thema befasst und dass die Medien darüber berichten. Noch ohne, dass alle 60 Maßnahmen umgesetzt wurden, ist das Thema Homophobie mit all seinen Facetten bis hin zur Bifeindlichkeit in die Öffentlichkeit gebracht worden.

Natürlich kann und soll das nicht alles gewesen sein. Viele Maßnahmen des Aktionsplans wirken bewusstseinsbildend und gegen Homo- und Biphobie, unterliegen jedoch in der Gesamtheit einer Schwerpunktsetzung. Der gesamte Aktionsplan fußt auf einer Befragung, die die Notwendigkeit von Maßnahmen für Trans*-Personen und Regenbogenfamilien explizit herausstellte. Das heißt, dass Bisexualität zwar mitgedacht und umgesetzt wird, aber aktuell nicht im Fokus steht.

Maßnahmen wie eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit anlässlich der Konsultationen mit Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, die Prüfung einer stärkeren Sichtbarkeit von LSBTTIQ* in allen Kultursparten, die Unterstützung von Ausstellungen/Sonderausstellungen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Land Brandenburg, Veranstaltungen im Bereich Gedenkkultur für die Verfolgung von LSBTTIQ* in der Vergangenheit greifen aber den Aspekt der Sichtbarkeit auf.

DIE LINKE setzt sich aktiv für die Umsetzung der Maßnahmen, für die Evaluierung des Aktionsplans und der bedarfsgerechten Weiterentwicklung unter Beteiligung aller Akteure ein. Hier muss dafür Sorge getragen werden, dass auch die Vertreter der bisexuellen Menschen ihre Erfordernisse einbringen.

2. Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere

(http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), *dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei* (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>). *In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus* (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema , https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown , https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen , https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Die Befragung zum Aktionsplan ergab, dass in erster Linie Trans*-Personen große Probleme damit haben, sich zu outen, da sie auch diejenigen sind, die am häufigsten von Diskriminierung betroffen sind. Eigens dazu sind im Rahmen des Aktionsplans Queeres Brandenburg Fortbildungsmaßnahmen für Trans*-Personen entwickelt worden. Diese lassen sich sicher im Zuge der Weiterentwicklung des Programms anpassen, erweitern oder für andere Gruppen adaptieren.

Grundsätzlich werden Coming-outs in der Gesellschaft selbstverständlicher und teilweise sogar einfacher. Das zeigt die Längsschnitt-Studie „Out im Office“ in ihrer ersten Vergleichsperiode 2007 –

2017. In fast allen Bereichen am Arbeitsplatz haben sich die Zahlen derer, die sich als lesbisch, schwul oder bisexuell geoutet haben, verdoppelt. Dies ist eine sehr positive Entwicklung, die wir begrüßen und unterstützen.

Dennoch kann noch viel getan werden, um die Lage zu verbessern. Durch Berichte, wie bspw. über die Umsetzung des Aktionsplans kann dazu beigetragen werden, über bisexuelle Lebensweisen aufzuklären. Damit können Vorurteile abgebaut und die Toleranz in der Gesellschaft erhöht werden.

3. Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>). Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen? Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Bisexuelle Jugendliche brauchen Vorbilder, Ansprechpersonen und verlässliche akzeptierende Strukturen der Jugendhilfe und Jugendarbeit, in ihrer Selbstbestimmung und Entfaltung gestärkt und gestützt werden. Das heißt, neben queeren oder bisexuellen Jugendgruppen braucht es entsprechende Kompetenzen bei Lehrkräften, insbesondere bei den Vertrauenslehrer*innen, bei Leitenden von Jugendgruppen und es braucht Schulaufklärungsprojekte, wie beispielsweise „Schule unterm Regenbogen 2.0“. Dieses Projekt basiert auf dem Vorgängerprojekt „Schule unterm Regenbogen“ vom Verein AnderARTiG e.V. und wendet sich an Schüler- und Lehrerschaft sowie sonstige pädagogische Fachkräfte. Es leistet Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Bereich sexuelle und gleichgeschlechtliche Vielfalt. Das Land finanziert dieses Projekt mit rund 18.000 Euro.

Das Projekt ist eines von vielen im Rahmen des Landesaktionsplans Queeres Brandenburg. Dieser wurde zunächst mit 250.000 € ausfinanziert. Im Zuge des Doppelhaushalts 2019/2020 ist es gelungen, die Finanzierung auf insgesamt 384.800 € zu erhöhen sowie eine zusätzliche Stelle für diesen Bereich im Ministerium zu schaffen. DIE LINKE setzt sich weiterhin für eine verlässliche Finanzierung ein. Aufklärungsarbeit ist der erste Schritt in eine tolerante Gesellschaft, die die Grundlage bildet, um sich frei entfalten und öffentlich zu sich selbst zu stehen.

4. Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>. In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen. In Brandenburg gibt es seit 2016 einen „Aktionsplan von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg“ (https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7800/7804.pdf). Bereits im Titel fehlt „Bisexuellenfeindlichkeit“, auch der Text lässt bisexuellentypische Problemfelder vermissen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Die fehlende Benennung der „Bisexuellenfeindlichkeit“ ist zweifelsohne eine Leerstelle im Landesaktionsplan. Nichtsdestotrotz muss auch Bisexualität immer mitgedacht werden. Es geht uns um die offene Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auch gegen queere

Lebensentwürfe. Im Bereich Bisexualität mangelt es allerdings auch noch an Grundlagenforschungen. Diese ist aus unserer Sicht vom Bund zu fördern und nicht Aufgabe der Landespolitik.

5. Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten Kräften wie den „Besorgten Eltern“?

DIE LINKE sah sich bereits mit ähnlichen Gruppierungen konfrontiert und stand klar und deutlich zu ihren Grundeinstellungen, wie Solidarität, Toleranz und damit Förderung der Vielfalt und Kampf der Diskriminierung. Homophoben sowie Bifeindlichen Bewegungen stellen wir uns mit aller Kraft entgegen und begeben uns dazu auch in direkten Konflikt mit den entsprechenden Vertretern. Wir unterstützen diese Gruppen weder in ihrer Einstellung noch sind wir dafür, dass solche Organisationen öffentliche Gelder erhalten dürfen. Wir wollen, dass sich Kinder und Jugendliche frei entfalten und entwickeln können und stark gemacht werden, um sich solchen Bewegungen aus eigener Kraft zu widersetzen. Dazu unterstützen wir die aufklärenden Bildungsmaßnahmen des Aktionsplans in den Schulen und setzen uns für deren Finanzierung und zielgerichtete Weiterentwicklung ein. Es braucht aufgeklärte Schüler*innen, aufgeklärte Lehrer*innen und konkrete Ansprechpartner*innen in den Schulen.

6. In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu sexueller Sichtbarkeit: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/2017_neu/170922_VIII_Bisexuelle.html, <http://haki-sh.de/de/nachrichten-lesen/echte-bisexuelle-vielfalt-im-norden.html>.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Wir unterstützen sämtliche Initiativen, die auf LSBTTIQ*-Lebensweisen aufmerksam machen und damit den Abbau von Vorurteilen befördern bzw. die Toleranz fördern. Projekte wie die „Schule unterm Regenbogen 2.0“, „Regenbogenfamilien in Brandenburg stärken“, „Queer Haven“, „Transistor“ sind engagiert umgesetzt worden und haben weit über die Szene hinaus Anerkennung erhalten. Zusätzlich machte sich DIE LINKE dafür stark, dass auch am Landtag Brandenburg die Regenbogenflagge gehisst wird. Ein buntes Bild aus Politik, interessierten Bürgerinnen und Bürgern und natürlich der LSBTTIQ*-Community füllen nun jährlich den Innenhof des Parlaments. Das war vor wenigen Jahren noch nicht der Fall und zeigt, dass sich etwas bewegt hat. Die Politik muss beispielhaft vorleben, was in ganz Brandenburg an jedem Ort zur sichtbaren Tradition werden soll.

7. Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung? Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Wir unterstützen grundsätzlich interdisziplinäre Genderforschung an der Universität Potsdam, die speziellen Forschungsfelder an der Universität Potsdam liegen allerdings in der Forschungsfreiheit der Universität. Für die notwendige Grundlagenforschung sehen wir den Bund in der Verantwortung.

8. Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI*-feindlich

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/quenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>
<https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

DIE LINKE duldet keinerlei menschenrechtsfeindliche Äußerungen – schon gar nicht im politischen Raum. Hier stehen wir unmissverständlich zu unserer Position und scheuen uns nicht, Rechtsmittel gegen menschenrechtsfeindliche Äußerungen einzusetzen. Strafbare Äußerungen sind konsequent zu ahnden. DIE LINKE steht und kämpft für die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher Identität und setzt sich für die Überwindung geschlechtlicher Rollenzuschreibungen und gesellschaftlicher Erwartungshaltungen ein. Die rechtliche Gleichstellung queerer Menschen ist uns ein wichtiges Anliegen. Queerfeindlichkeit ist Bestandteil des Kampfes gegen Rechtspopulismus und damit allgemeiner Menschenfeindlichkeit. Gerade in Zeiten des Aufschwungs rechter Kräfte ist der Kampf gegen Diskriminierung – auch von LSBTTIQ*-Menschen – ein Schwerpunktthema der LINKEN.

9. Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist eine besonders zu verachtende Straftat.

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Laut der dem Aktionsplan zugrundeliegenden Studie haben bereits 33 % der LSBTTIQ*-Menschen Erfahrungen mit körperlichen Übergriffen machen müssen. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher sein, da es oftmals nicht zur Anzeige kommt. Es gibt also mehrere Handlungsbedarfe. Aus Sicht der LINKEN sollten Staatsanwaltschaften und Gerichte Hasskriminalität klar als Straftat benennen und dementsprechend ahnden. Dies gilt auch für die Polizeistatistik. Zudem sind aus unserer Sicht Ansprechpartner bei Polizei ein sehr wirksames Mittel. Eine gute Zusammenarbeit der LSBTTIQ*-Community und der polizeilichen Verfolgungsbehörden ist zwingend nötig, um eine Vertrauensbasis zu schaffen, die dann dazu führen kann, dass mehr Übergriffe zur Anzeige gebracht werden. Hier hat sich das Land Brandenburg bereits auf den Weg gemacht. Das begrüßt und unterstützt DIE LINKE ausdrücklich. Neben einer guten Zusammenarbeit aller Akteure können auch Informationsmaterialien oder technische Hilfsmittel wie Apps gute Instrumente sein, um betroffene Menschen bei Hasskriminalität über Rechte und Ansprechpersonen zu informieren.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die polizeiliche Ansprechperson für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Polizei im Land Brandenburg für die Organisation von Veranstaltungen und Fortbildungen für Mitarbeitende der Ermittlungsbehörden sowie der bestehenden Beratungsstellen freigestellt wird. Ihre Arbeit muss unterstützt und wertgeschätzt werden.

Des Weiteren setzen wir uns für die LSBTTIQ*-spezifische Kenntnisvermittlung in der Aus- und Weiterbildung der Polizei und der Opferberatungsstellen ein.

10. Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter. https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Blutspenderegungen dürfen nicht vom Sexualverhalten abhängig gemacht werden, sondern müssen auf realen Risikofaktoren basieren. Hierzu sollte es einheitliche Empfehlungen geben, die Unkenntnis und Vorurteile abbauen statt sie zu fördern. Wir vertrauen auf den freiwilligen Selbstausschluss, der jeden Menschen in die Verantwortung nimmt, mit seinem Blut bzw. seiner Spenderbereitschaft verantwortungsbewusst umzugehen.

11. Das Transsexuellengesetz betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.taqesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).*

Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans-Menschen berücksichtigt werden?*

Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene schon seit 2009 für eine TSG-Reform ein. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/128/1612893.pdf>

Auf Landesebene ist der auf Drängen der LINKEN erarbeitete »Aktionsplan Queeres Brandenburg« ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer aufgeklärten und toleranten Gesellschaft. Die Bedürfnisse und vor allem die Rechte von LSBTTIQ*-Menschen rückten dadurch mit ins Zentrum der Landespolitik.

Wir LINKE fühlen uns in besonderer Weise dem Artikel 12 der Landesverfassung verpflichtet: Alle Menschen in unserem Land sind vor dem Gesetz gleich, egal welcher Abstammung, Nationalität, Sprache, welchen Geschlechts, welcher sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder Stellung sie sind, ob sie eine Behinderung haben oder Anhänger*in einer bestimmten Religion, Weltanschauung oder politischen Überzeugung sind. Niemand darf diskriminiert werden und der Staat steht in der Verantwortung, Benachteiligungen einzelner Gruppen weiter abzubauen. DIE LINKE, so steht es im Wahlprogramm, wird sich auf Bundesebene wie schon seit Jahren, für modernes Personenstandsrecht und die Abschaffung des Transsexuellengesetzes einsetzen.

Wir wollen, dass eine umfassende gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Homo-, Bi- und Transphobie sowie einen positiven gesellschaftlichen Wandel hin zu Akzeptanz, Solidarität,

Wertschätzung. Um diese weite Auslegung von Menschenrechten zu erreichen, muss vor allem der Dialog bewirkt und verstetigt werden.

Die Verteidigung der Menschenrechte ist der LINKEN sehr wichtig. So haben wir dafür gestritten die Anti-Rassismus-Klausel und den Schutz der sorbischen/wendischen Minderheit in der Landesverfassung zu verankern. Die LINKE setzt für die Stärkung von Bürgerrechten ein.

12. Der Verfassungsschutzbericht 2018 hat deutlich gemacht, dass Brandenburg ein Problem mit Rechtsextremismus hat (<https://www.pnn.de/brandenburg/verfassungsschutzbericht-2018-brandenburg-hat-ein-rechtsextremismus-problem/24474158.html>). Es bleibt aber die Frage, warum bislang nichts Wirksames unternommen wird.

Was tun Sie dafür, dass die Stimmung in Brandenburg wieder positiver wird? Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Aufmärsche verboten werden? Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Einflussnahmen eingeschränkt werden?

DIE LINKE orientiert sich in ihrer Politik an Fakten. Die Zahlen der Opferperspektive und auch Anfragen der Linksfraktion im Landtag zu „Straftaten aufgrund der sexuellen Orientierung“ zeigen, dass weiterhin Handlungsbedarf im Kampf gegen Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung besteht. Der auf Drängen der LINKEN erarbeitete »Aktionsplan Queeres Brandenburg« ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer aufgeklärten und toleranten Gesellschaft. Die Bedürfnisse und vor allem die Rechte von LSBTIQ*-Menschen rückten dadurch mit ins Zentrum der Landespolitik.

Mit dem Versammlungsgesetz wurde bereits ein Ort wie Halbe nicht mehr Aufmarsch-Platz für Neonazis. Statt Aufmärsche zu verbieten, ruft DIE LINKE zu Gegendemonstrationen in Hör- und Sichtweite auf.

Für uns ist das humanistische, demokratische und antifaschistische Engagement der Menschen in Brandenburg ein ermutigender Ausdruck einer gesellschaftlichen demokratischen Kultur. Wichtige Unterstützende dieses zivilgesellschaftlichen Engagements sind die zahlreichen Bündnisse, Initiativen und 80 wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes, die wir weiter stärken und unterstützen wollen.

Deshalb unterstützen wir zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren ebenso wie Bündnisse gegen rechts und in antifaschistischen Strukturen. Wir sind an der Seite all derer, die sich überall im Land gegen Hass und Gewalt, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren und wir lehnen die Kriminalisierung antifaschistischer Strukturen ab.

Wir sind stolz auf die bundesweit einmalige Beratungsstruktur des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg. Die Partner*innen dieses Beratungsnetzwerks leisten eine hervorragende und wichtige Arbeit. Auf der Straße und in den Kommunalvertretungen und Parlamenten sind wir eine verlässliche antifaschistische Kraft. Parlamentarisch und außerparlamentarisch kämpfen wir gegen jegliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Wir wollen:

- auch weiterhin das Beratungsnetzwerk Tolerantes Brandenburg bedarfsgerecht ausfinanzieren. Wenn hier neue oder erweiterte Bedarfe entstehen, werden wir dem Rechnung tragen.
- die ideelle und finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich für Weltoffenheit und Toleranz engagieren, vorantreiben.
- der versuchten Kriminalisierung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen weiterhin engagiert entgegenzutreten.

- auch weiterhin das Monitoring und die Recherche zu rechten Aktivitäten, Strukturen und Straftaten durch das Moses-Mendelssohn-Zentrum und den Verein Opferperspektive in Brandenburg aktiv unterstützen und durch parlamentarische Anfragen begleiten.

13. Der Klimawandel ist wissenschaftlicher Konsens

(<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien, die dies ignorieren oder gar bestreiten. Aber auch die anderen Parteien ergreifen keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von den vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen.

Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen? Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird.

DIE LINKE nimmt sowohl die Aussagen der Klimaforschenden als auch das Engagement der Bewegung „Fridays for Future“ sehr ernst. Unser Ziel ist es, dass Brandenburg seinen eigenen Strombedarf bis spätestens 2025 rechnerisch zu 100 % aus erneuerbaren Energien deckt und bis 2030 rechnerisch zur 100prozentigen Deckung des Bedarfs der Region Brandenburg aus erneuerbaren Energien beiträgt. Um dies umzusetzen möchten wir eine landeseigene Energieagentur schaffen. Erneuerbare Energien müssen weiter ausgebaut werden, wobei vor allem bei der Windkraft die Schaffung von mehr Akzeptanz durch regionale Beteiligung notwendig ist. Dezentrale Energieversorgung, kommunale Energiekonzepte, Investitionen in Energieeffizienz und Speichertechnologien sollen gefördert werden. Wir streben einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2030 bei gleichzeitiger Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz an.

Auch andere Sektoren müssen ihren Beitrag zur Vermeidung von Treibhausgasen leisten, etwa durch einen Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Verkehrspolitik. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Klimaschutzgesetz ein, das die deutschen Klimaziele und die Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen verbindlich fest schreibt.

14. Was möchten Sie noch ergänzen?

Wir bedanken uns recht herzlich für Ihr umfassendes Engagement und für Ihr Interesse an unserer Arbeit.